

sonntagszeitung

Thomas Borer im Interview: «Deutschland steht zwar noch nicht am Abgrund, aber die Lage ist kritisch»

Der ehemalige Schweizer Botschafter über die politische Krise in Berlin, die Stärke der AfD – und den grossen Schatten von Donald Trump.

Rico Bandle

«Deutsche Unternehmen investieren noch immer fleissig – aber nicht in Deutschland»: Thomas Borer.

Die deutsche Wirtschaft kommt nicht vom Fleck, Meldungen über Massenentlassungen häufen sich. Vor eineinhalb Wochen brach die Regierung unter Kanzler Olaf Scholz auseinander, derweil wird die AfD laut Umfragen immer stärker. Thomas Borer (67) war von 1999 bis 2002 Schweizer Botschafter in Berlin und beschäftigt sich bis heute als Berater intensiv mit der deutschen Politik.

Herr Borer, kaum eine Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik war so unbeliebt wie jene unter Olaf Scholz. Was ist passiert?

Deutschland ist seit Jahrzehnten auf dem Abstieg. Ich war Botschafter in Deutschland, als Kanzler Gerhard Schröder mit Hartz IV eine tiefgreifende Sozialreform durchsetzte, gegen den Willen grosser Teile seiner eigenen Partei, der SPD. Dies gab dem Land einen starken wirtschaftspolitischen Impuls, der zu einem Aufschwung führte, von dem auch seine Nachfolgerin Angela Merkel in den ersten Jahren profitierte. Merkel machte leider diese Sozialreform nach und nach rückgängig. Hinzu kam ihre fahrlässige Migrations- und Energiepolitik, die von der Regierung Scholz weitergeführt wurde. Mit der Folge, dass Deutschland eine der tiefsten Wachstumsraten aller westlichen Industrieländer aufweist. Deutschland steht zwar noch nicht am Abgrund, aber die Lage ist kritisch.

Die Regierung Scholz hat viele Altlasten geerbt, dann kam noch der teure Ukraine-Krieg dazu – trotzdem macht man sie für alles verantwortlich. Ist das nicht unfair?

Ja, Politik ist nicht immer fair. Ein grosser Fehler von Angela Merkel war auch, dass sie sich stark abhängig von der russischen Energie gemacht hat. Mit dem Ukraine-Krieg war es dann plötzlich vorbei mit dem Bonus der kostengünstigen russischen Energie. Die Regierung von Scholz verschlimmerte die Situation, als sie die letzten Atomkraftwerke abstellte, ohne vorher für eine billige Alternative gesorgt zu haben. Für ein Industrieland wie Deutschland ist günstige Energie entscheidend, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Man hört nun fast täglich von deutschen Firmen, die Stellen abbauen.

Vielen Unternehmen geht es nach wie vor gut, sie investieren auch fleissig – aber nicht mehr in Deutschland, sondern in Osteuropa, Asien oder den USA. Ich habe Kontakt zu einigen Wirtschaftsleuten, die eigentlich Patrioten sind, aber erklären, sie könnten mit diesen Energiepreisen und der Ungewissheit

über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr verantworten, in Deutschland zu investieren.

Alle schlagen auf die Grünen ein, die Partei verliert besonders stark in der Wählergunst. Zu Recht?

In Deutschland will heute jede Partei grün sein, abgesehen von der AfD. Alle Parteien haben vergessen, dass der Wohlstand eines Industrielandes stark von billiger Energie abhängt. Die Logik der Grünen ist aber tatsächlich überhaupt nicht aufgegangen. Sie sagten: «Wir bekämpfen den Klimawandel, entwickeln dafür innovative Technologien, die wir dann in der ganzen Welt verkaufen können. Dies sichert unseren Wohlstand.» Jetzt aber stellen wir fest, dass die grüne Technologie vor allem von China entwickelt wird, zu einem günstigeren Preis. Die Chinesen wollen diese jetzt hierher exportieren. Und was macht die EU? Sie belastet das mit Zöllen ...

Das Misstrauen gegenüber der Politik ist in den letzten Jahren stark gewachsen, nicht nur in Deutschland.

Ich sehe in Deutschland eine ähnliche Entwicklung wie in den USA. Die Politiker und die massgebenden Medien sind mittlerweile so abgehoben, dass sie nicht mehr auf die Probleme der einfachen Menschen eingehen. Deshalb hat Trump so viele Stimmen von Arbeitern erhalten und letztlich gewonnen. Auch in Deutschland belasten wirtschaftliche Probleme die Mehrheit der Bürger. Und viele machen sich Sorgen wegen der negativen Auswirkungen der Migration: In grossen Städten können Frauen abends nicht mehr ohne Angst auf die Strasse. Dasselbe gilt für Juden, die ihre Kippa verstecken müssen – ein unglaublicher Vorgang. Das wird von der Politik und den Medien viel zu wenig ernst genommen. Man haut lieber auf die angeblich antisemitische AfD ein.

Die AfD wird von den anderen Parteien konsequent geschnitten, viele fordern sogar ein Verbot. Ist das das richtige Vorgehen?

In der AfD gibt es tatsächlich problematische Tendenzen. Trotzdem glaube ich nicht, dass eine Ausgrenzung zielführend ist. Bisher hat sie jedenfalls wenig gebracht, die Partei gewinnt immer mehr Zuspruch. Gemäss meiner subjektiven Erfahrung ändert sich die Einstellung zur AfD insbesondere in Unternehmerkreisen gerade sehr stark.

Woran machen Sie das fest?

Ich fahre oft zum Arbeiten oder in meiner Freizeit nach Baden-Württemberg. Da treffe ich viele Unternehmer, die meisten von ihnen haben ein Leben lang CDU gewählt. Noch vor fünf Jahren gab niemand zu, Sympathien für die AfD zu haben, das war völlig ausgeschlossen. Jetzt höre ich oft Sätze wie: «Ich wähle AfD,

sonst ändert sich sowieso wieder nichts.» Dass man in diesen Kreisen offen dazu stehen kann, AfD zu wählen, ist neu.

Sie würden die Partei einbinden?

Die AfD steht zurzeit in den Umfragen bei etwa 18 Prozent, womöglich kommt sie bei den Wahlen dann sogar auf 20. Meines Erachtens ist es falsch, wenn man ein Fünftel der Bevölkerung ausgrenzt. Wenn man die Linken vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) auch noch dazunimmt, wäre es sogar über ein Viertel der Bevölkerung. Da kommt einem das Zitat von Bertolt Brecht in den Sinn: «Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?» Holland, Schweden und Finnland zeigen, dass man Rechtspopulisten in eine Regierung einbinden kann, zum Teil werden sie dadurch sogar entzaubert, weil die Leute sehen, dass sie ihre Versprechen nicht einhalten können.

Das Schweizer Konkordanzsystem würde es gar nicht zulassen, dass eine so grosse Partei von den anderen völlig ausgegrenzt wird.

Wir Schweizer handeln grundsätzlich eher pragmatisch, während die deutschen Politiker vielmehr von Ideologien und Idealen besessen sind. Ich habe in Deutschland oft versucht, aufzuzeigen, wie nützlich die direkte Demokratie auch in Deutschland wäre. Doch immer kam der Einwand, dass Hitler die Menschen alle verführt hat, das könne bei zu viel direkter Demokratie wieder vorkommen. Ich aber glaube, der Durchschnittswähler ist viel pragmatischer als der Durchschnittspolitiker. Die Geschichte des Nationalsozialismus ist in Deutschland noch immer sehr prägend, auch bei der jungen Generation.

Seit der Wahl von Donald Trump ist viel davon die Rede, dass sich Europa nicht mehr auf die USA verlassen kann und mehr auf eigenen Beinen stehen soll. Ist Deutschland überhaupt in der Lage, mehr Verantwortung zu übernehmen?

Trump fordert zwar, wie seine Vorgänger, dass sich Europa mehr an den Rüstungsausgaben beteiligen soll, ich glaube aber nicht, dass er sich abwenden wird. Er braucht Alliierte, wenn er möchte, dass die USA weiterhin die dominante Macht bleiben und gegen China bestehen können. Das Problem ist jetzt, dass Deutschland bis weit in den Frühling handlungsunfähig bleiben wird. Die vorgezogene Bundestagswahl ist im Februar, dann dauert es noch vier oder fünf Wochen, bis die Koalitionsverhandlungen durch sind. Wer übernimmt in dieser Zeit die Führung? Auch Frankreich ist gerade sehr schwach, und die Engländer machen seit dem Brexit ihr eigenes Ding. Ich glaube daran, dass die Europäer mit Trump einen Deal erreichen könnten – aber wer soll das tun?

Wie kommt Deutschland aus der Krise heraus?

Ähnlich wie in der Schweiz sind in Deutschland die Steuereinnahmen jedes Jahr gestiegen – aber man hat immer noch mehr ausgegeben. Wie andere Länder muss Deutschland wieder lernen zu sparen. Das Land braucht wahrscheinlich auch einen Elon Musk, der mal beim wuchernden Staat aufräumt. Und es muss ein Umfeld schaffen, damit sich Arbeit wieder lohnt und anerkannt wird: Ich war während Jahren Aufsichtsratspräsident eines Unternehmens mit 5000 Mitarbeitern, 3500 in Deutschland, 1500 in der Schweiz. Bei uns wurde viel effizienter gearbeitet, und wir hatten 50 Prozent

weniger Krankheitsausfälle, obwohl das Klima ungefähr gleich ist.

Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird Friedrich Merz von der CDU neuer Bundeskanzler. Ist er der richtige Mann?

Ja, gewiss. Ich glaube aber nicht, dass mit ihm ein Ruck durch Deutschland gehen wird. Aufgrund der Brandmauer zur AfD ist in Deutschland nur noch eine linke oder eine Mitte-links-Regierung im Bereich des Möglichen, selbst mit der CDU als Wahlsiegerin – Merz wird nur zusammen mit der SPD oder den Grünen regieren können, sein Spielraum ist stark eingeschränkt. Der Schub wird eher aus den USA kommen: Falls Trump mit seinen niederen Steuern, dem Bürokratieabbau und der Migrationspolitik Erfolg haben wird, ist es durchaus möglich, dass dies dann auch in Europa etwas auslöst.